

Öffentliche Anhörung zum Thema: Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2018 bis 2021

Stellungnahme

Florian Westphal, Vorstandsvorsitzender Save the Children Deutschland e.V.

Einleitung

Klimawandel, Konflikte, Corona-Pandemie und Inflation: die Liste an globalen Herausforderungen und ihre Auswirkungen auf die humanitäre Lage ist lang. Umso mehr begrüßen wir das kontinuierlich gestiegene Engagement der deutschen Bundesregierung, welches sich auch im Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland (2018-2021) widerspiegelt. Als größte unabhängige Kinderrechtsorganisation weltweit ist Save the Children in mehr als 120 Ländern tätig, darunter in komplexen humanitären Krisen wie Afghanistan, Somalia, Syrien und dem Jemen. Basierend auf unserer Arbeit vor Ort beobachten wir einen weiteren besorgniserregenden Trend: eine globale Kinderrechtskrise, deren Ausmaß in humanitären Kontexten in voller Wucht zutage tritt. Rund 50 Prozent der von humanitären Krisen Betroffenen sind Kinder.¹ Aber obwohl sie zu den Hauptleidtragenden von multiplen Krisen gehören, sind sie in der humanitären Hilfe unzureichend berücksichtigt - dies zeigt sich bedauerlicherweise auch im hier vorliegenden Bericht, in dem Kinder nur marginal erwähnt werden. Hier sollte die Bundesregierung durch gezielte Maßnahmen gegensteuern, die wir im Folgenden erläutern möchten. Denn: Kinder in den Mittelpunkt der deutschen humanitären Hilfe zu stellen, bedeutet nicht nur dem humanitären Prinzip der Bedarfsorientierung gerecht zu werden, sondern auch, die Bewältigung von Krisen langfristig und nachhaltig anzugehen.

A. Humanitäre Krisen sind Kinderrechtskrisen

Kinder kommen strukturell in der deutschen humanitären Hilfe zu kurz. Wir möchten im Folgenden drei Kernbereiche exemplarisch darlegen, in denen dies besonders deutlich zum Vorschein kommt.

1. Bildung: Zu Unrecht vernachlässigter Bereich der (deutschen) humanitären Hilfe

Für Kinder in humanitären Krisen bedeutet Bildung weit mehr als lesen, schreiben und rechnen zu lernen. Schulen sind für sie Orte, an denen sie Schutz finden, Kind sein können und sich die Weichen für ihre Zukunft stellen. Dennoch ist Bildung oft das Erste, was in akuten Krisen vernachlässigt wird. Diese Lücke sehen wir auch im Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im

¹[The Alliance et al. \(2022\). The Unprotected: Annual spotlight on child protection funding in humanitarian action](#)

Ausland 2018-2021. Während wir es sehr begrüßen, dass die stärkere Teilhabe von Mädchen und Frauen im Bericht explizit anvisiert wird, fehlt mit Bildung ein zentraler Baustein, um dieses Ziel zu erreichen, gerade auch in Bezug auf eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik. Bildung ist essenziell, um strukturelle Ungleichheiten zu überwinden und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Die fatalen Konsequenzen der Vernachlässigung von Bildung in humanitären Notlagen zeigen sich insbesondere dann, wenn sich Krisen über Jahre hinweg verstetigen. Auch hier beobachten wir einen besorgniserregenden Trend: Langanhaltende Krisen werden zunehmend zum Normalfall. Laut UN-Angaben befinden sich mittlerweile rund drei Viertel (74%) aller Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, in einer sogenannten 'protracted crisis'.² Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass für immer mehr Kinder ihre Kindheit verstreicht, ohne dass sie je eine Schule betreten haben. Für diese Kinder wird ein anerkannter Schulabschluss unerreichbar, unter anderem deshalb, weil sie durch die Raster traditioneller Finanzierungsmechanismen fallen. Hier braucht es Ansätze, die humanitäre Maßnahmen und die Stärkung von Bildungsstrukturen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit verzahnen und langfristig in den Blick nehmen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Ministerien – allen voran dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – ist dabei zentral.

Save the Children empfiehlt deshalb:

Bildung muss als Schwerpunktbereich der deutschen humanitären Hilfe verankert werden. Dem Beispiel der EU folgend sollte die Bundesregierung mindestens 10% des regulären humanitären Budgets für Bildung in Krisen bereitstellen.³ Mädchen und besonders marginalisierte Kinder sollten gezielt gefördert werden.

2. Schutz von Kindern: zu einem zentralen Ziel der (deutschen) humanitären Hilfe machen

Die Zahl an Kindern, die in Konfliktgebieten aufwachsen, ist über die letzten beiden Jahrzehnte hinweg stark gestiegen: Mittlerweile sind es rund 449 Millionen Kinder weltweit.⁴ Kriege und bewaffnete Konflikte finden zunehmend in urbanen Räumen statt. Dementsprechend sind immer mehr Kinder dem Risiko schwerer Kinderrechtsverletzungen ausgesetzt. Unser Bericht 'Krieg gegen Kinder' zeigt, dass im Jahr 2021 rund 230 Millionen Kinder in unmittelbarer Nähe zu akutem Konfliktgeschehen⁵ lebten. Dies wiederum ist ein besorgniserregender Anstieg von neun Prozent allein im Vergleich zum Vorjahr 2020.⁶

Zugleich sehen wir gerade dort, wo humanitäre Bedarfe unzureichend gedeckt sind eine hohe Zahl an Kinderschutzrisiken wie Frühverheiratungen, Zwangsrekrutierungen und sexualisierte Gewalt.⁷ Diese sind häufig eine direkte Folge anderer humanitärer Bedarfe: Flucht und Vertreibung setzen

² [Development Initiatives \(2022\). Global Humanitarian Assistance Report](#)

³ [ECHO - Press Release, EU at forefront of global humanitarian response: €1.5 billion for 2022](#)

⁴ [Save the Children \(2022\). Stop the War on Children - The Forgotten Ones](#)

⁵ Anmerkung: Hierzu zählen Regionen, in denen mehr als 1.000 Menschen im Jahr durch Kampfhandlungen oder deren Folgen sterben.

⁶ [Save the Children \(2022\). Stop the War on Children - The Forgotten Ones](#)

⁷ [Save the Children \(2022\). Stop the War on Children - The Forgotten Ones](#)

Kinder erhöhten Risiken von Ausbeutung und Missbrauch aus, Ernährungsunsicherheit und Einkommensverlust können negative Bewältigungsmechanismen wie schädliche Kinderarbeit (als Beitrag zum Haushaltseinkommen) begünstigen. Der psychische Druck, dem Sorgeberechtigte ausgesetzt sind, erhöht zusätzlich das Risiko häuslicher Gewalt. Die enormen Belastungen und Kinderrechtsverletzungen, denen Kinder in Konflikten und anderen Krisen ausgesetzt sind, haben oft langfristige Folgen und wirken sich bis ins Erwachsenenalter aus. Trotz steigender Bedarfe ist Kinderschutz in humanitären Krisen ein Bereich, der chronisch unterfinanziert ist. Wie eine Analyse der Humanitären Bedarfspläne zeigt, waren 2020 durchschnittlich nur 24% der errechneten Bedarfe im Kinderschutzbereich gedeckt.⁸

Eine ähnliche Lücke zeigt sich im Bereich der Strafverfolgung von Verbrechen an Kindern in bewaffneten Konflikten: Diese Taten werden so gut wie nie aufgeklärt. Oft wird beispielsweise davor zurückgeschreckt, Kinder als Zeug*innen zu befragen. Aber wo kein Gericht und keine Ermittler*in hinschaut, werden Täter indirekt ermutigt, weiter straflos zu agieren. Um das Ausmaß dieser Straflosigkeit zu verdeutlichen: Während jedes sechste Kind im Jahr 2021 in Konfliktgebieten lebte, hatte keines der aus Konflikten resultierenden Strafverfahren im Bereich des Völkerstrafrechts einen Kinderfokus. Die deutsche Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, die Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen weltweit zu beenden und entsprechende Mechanismen zu stärken - einen Schritt, den wir sehr begrüßen. Nun gilt es, diesem Versprechen Taten folgen zu lassen, insbesondere bei Rechtsverstößen gegen Kinder.

Save the Children empfiehlt vor diesem Hintergrund:

Der Bereich "Schutz von Kindern" muss finanziell und thematisch stärker in den Mittelpunkt der deutschen humanitären Hilfe gestellt werden. In Völkerstrafrechtsverfahren sollte ein klarer Fokus auf die Aufarbeitung von Verbrechen an Kindern in bewaffneten Konflikten gelegt werden. Die Bundesregierung sollte ihre Rolle in internationalen Foren nutzen, um der Straflosigkeit beim Verstoß gegen Kinderrechte ein Ende zu setzen.

Projektbeispiel – Joining Forces: Schutz von Kindern in Not⁹

Joining Forces ist eine Allianz der sechs größten internationalen Kinderrechtsorganisationen, der neben Save the Children auch ChildFund Deutschland, Plan International, SOS-Kinderdörfer weltweit, terre des hommes und World Vision angehören. Das Bündnis entstand 2017 und engagiert sich für die Umsetzung der Kinderrechte und die Beendigung von Gewalt gegen Kinder.

Dank der finanziellen Unterstützung des Auswärtigen Amtes über 16 Millionen Euro konnte das Bündnis im November 2022 sein bislang größtes länderübergreifendes

⁸ [The Alliance et al. \(2022\). The Unprotected - Annual spotlight on child protection funding in humanitarian action](#)

⁹ [Joining Forces - Pressemitteilung. Hilfsbündnis erhält 16 Millionen Euro für internationales Kinderschutzprojekt](#)

Kinderschutzprojekt aufnehmen. Das Projekt „Joining Forces - Schutz von Kindern in Not“ wird in Äthiopien, Bangladesch, Burkina Faso, Kolumbien, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik durchgeführt, um in Lagern für Geflüchtete, Binnenvertriebene und in Aufnahmegemeinden Schutzzentren aufzubauen und traumatisierte Mädchen und Jungen zu versorgen. Die Sicherheitslage von vielen Kindern und Jugendlichen in den Projektländern ist bedrohlich. Sie erleben Krieg, Flucht und Vertreibung. Sie haben Angehörige verloren oder sind von den Eltern getrennt worden und werden zu Arbeit oder Militärdienst gezwungen. Auf der Flucht sind viele Kinder auf sich allein gestellt. Mädchen sind von sexualisierter Gewalt, Zwangsehen oder Frühschwangerschaften besonders betroffen. Zusätzlich zu der bewaffneten Gewalt in den sechs Projektländern verschärft die weltweite Hungerkrise die Lage. Lebensmittelpreise sind unter anderem durch den Einbruch der Getreideimporte aus der Ukraine und Russland extrem gestiegen.

Das Projekt erreicht mehr als 390.000 Menschen, davon 260.000 Kinder und Jugendliche, mit psychosozialer Unterstützung, der Einrichtung sogenannter „Safe Spaces“ - sichere Orte, wo Kinder in Ruhe spielen können und betreut werden - und kinderfreundlichen Beratungsstellen. Es hat eine Laufzeit von zwei Jahren.

3. Gesundheit und Ernährung: über die (deutsche) humanitäre Hilfe hinausdenken

Auch Save the Children ist äußerst besorgt über die Hungerkatastrophe, die wir in vielen Teilen der Welt sehen. Kinder sind besonders bedroht von Hunger: Wenn sie in den ersten 1.000 Tagen ihres Lebens keine ausreichende Ernährung erhalten, drohen irreparable Schäden: Unterernährte Kinder sind oft zu klein für ihr Alter und untergewichtig. Sie sind schwach, müde und apathisch. Es fällt ihnen schwer zu lernen und sich zu konzentrieren. In vielen Fällen führt Mangelernährung bei Kindern zu einer verzögerten geistigen Entwicklung bis zu einer geistigen Behinderung. Daneben zeigt sich eine körperliche Auszehrung in Folge von Mangel an Fett, Eiweiß, Vitaminen, Spurenelementen und Mineralstoffen. Diese Auszehrung mündet oft in Marasmus, dem Abbau aller Eiweiß- und Energiereserven.

Die Basisgesundheitsversorgung spielt eine zentrale Rolle bei der Identifikation und Bekämpfung von Mangelernährung bei Kindern und schwangeren Frauen. Das Immunsystem der betroffenen Kinder ist oftmals stark geschwächt. Deswegen sind häufige Erkrankungen, wie zum Beispiel Lungenentzündungen, Erkrankungen des Verdauungstrakts oder Malaria bei mangelernährten Kindern besonders gefährlich. Die Zusammenarbeit mit Kliniken und anderen Strukturen der primären Gesundheitsversorgung ermöglicht es Save the Children, mangelernährte und kranke Kinder zu erreichen, um sie medizinisch und mit therapeutischer Fertignahrung zu unterstützen. Die Stabilisierung und Stärkung von Basisgesundheitsystemen in Konflikten und anderen Krisen sollte deswegen ein zentrales Element der humanitären Hilfe sein.

Der Bereich der globalen Gesundheit hat durch die Corona-Pandemie viel Aufmerksamkeit erhalten und die deutsche Bundesregierung hat hier international sehr viele positive Impulse



gesetzt. Gleichzeitig sehen wir, dass gerade Kinder in vielen Ländern der Welt nach wie vor unter der Corona-Pandemie selbst und ihren sekundären Folgen leiden: Die mit der Pandemie verbundenen Schulschließungen, Krisen in der Gesundheitsversorgung und negativen wirtschaftlichen Effekte haben vielerorts hart erkämpfte Fortschritte zunichte gemacht. Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, beobachten wir einen Anstieg an Kinderarbeit, Zwangsehen und schlechteren Bildungschancen. Daten, die gemeinsam von Save the Children und UNICEF ausgewertet wurden, zeigen, dass seit Beginn der Pandemie schätzungsweise 100 Millionen Kinder zusätzlich in die Armut getrieben wurden – ein Anstieg um 10% im Vergleich zur Zeit vor COVID-19.¹⁰ Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das verstärkte Engagement der Bundesregierung im Bereich der globalen Gesundheit, unter anderem auch die schnelle Bereitstellung zusätzlicher humanitärer Mittel zur Pandemiebekämpfung.

Save the Children empfiehlt:

Um den Herausforderungen adäquat begegnen zu können, ist es unerlässlich, dass die Bundesregierung ihre Verpflichtung, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe aufzuwenden, auch in den kommenden Jahren aufrechterhält. Eine bedarfsgerechte Finanzierung ist zentral, damit die Entwicklungsziele – darunter allem voran eine universelle Gesundheitsversorgung – tatsächlich erreicht werden können. Auch hier sollte die Bundesregierung verstärkt auf ganzheitliche Ansätze setzen: Humanitäre Maßnahmen sollten auf die langfristige Stärkung lokaler Versorgungssysteme einzahlen. Kindergesundheit und Ernährung sollten hier von Anfang an und systematisch zusammengedacht werden.

Projektbeispiel – Afghanistan

Seit 2021 steigt der humanitäre Bedarf in Afghanistan drastisch an. 79% der Haushalte verfügen nicht über ausreichend Wasser für den täglichen Bedarf wie Trinken, Kochen und Baden, und 80% der Familien geben an, dass sie beim Zugang zur Gesundheitsversorgung auf Probleme stoßen – ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr.¹¹ Gründe dafür sind die unzureichende Abdeckung durch das öffentliche Gesundheitssystem sowie direkte Unterbrechungen in der Versorgung. Lebensmittelpreise, Arbeitslosigkeit und Armut sind in die Höhe geschossen, so dass 18,9 Millionen Menschen (9,2 Millionen Kinder) mit einer akuten oder krisenhaften Ernährungsunsicherheit konfrontiert sind.¹² Die Zahl der gefährlich unterernährten Kinder, die in die mobilen Kliniken von Save the Children in Afghanistan eingeliefert werden, ist laut dem Länderbüro seit Januar 2022 um fast 50% gestiegen. Babys sterben, bevor sie überhaupt behandelt werden können.

¹⁰ [Save the Children/UNICEF \(2021\). Impact of COVID-19 on children living in poverty: A Technical note](#)

¹¹ [UN Inter-Cluster Coordination Team. Whole of Afghanistan Assessment - September 2022](#)

¹² [IPC Afghanistan. November 2022 Report](#)



Mit Förderung des Auswärtigen Amtes unterstützt Save the Children in Afghanistan lebensrettende und umfassende Gesundheitsleistungen für vulnerable und von Krisen betroffene Bevölkerungsgruppen, vor allem Kinder unter fünf Jahren und Schwangere und stillende Mütter auszubauen. Mobile Gesundheits- und Ernährungsteams stellen integrierte primäre und reproduktive Gesundheitsleistungen und psychosoziale Basis- Unterstützung bereit. Der Fokus liegt auf Gebieten, in denen sich viele intern Vertriebene aufhalten sowie Aufnahmegemeinden, die von gewaltsamen Auseinandersetzungen betroffen sind und in schwer zugänglichen und unterversorgten Gebieten liegen. Fälle von Mangelernährung bei Kindern, Schwangeren und stillenden Frauen werden identifiziert und behandelt sowie Wissen zu geeigneten Ernährungspraktiken vermittelt.

B. Kinder ins Zentrum der deutschen humanitären Hilfe rücken

Neben der Priorisierung von kinderspezifischen Maßnahmen sehen wir drei wichtige Stellschrauben, um humanitäre Hilfe effektiver und effizienter zu gestalten und dabei Kinder in den Mittelpunkt zu stellen: Lokalisierung, vorausschauende humanitäre Hilfe und flexible Finanzierungsmechanismen.

Vor diesem Hintergrund begrüßt Save the Children das Engagement Deutschlands bei der Umsetzung des Grand Bargain/Grand Bargain 2.0. Angesichts der zunehmenden Komplexität und Anzahl der weltweiten Krisen ist die wirksame und effiziente Verwendung humanitärer Gelder sowie die konsequente Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften und lokalen Akteure wichtiger denn je. Die Bundesregierung muss deswegen ihre Anstrengungen im Rahmen des Grand Bargains intensiveren. Hierzu gehören für uns vor allem folgende Aspekte:

Lokalisierung

Save the Children teilt die Einschätzung der Bundesregierung, dass die Lokalisierung der humanitären Hilfe ein notwendiger Schritt ist, um das humanitäre System bedarfsgerechter und nachhaltiger zu gestalten. Wenn ernst gemeint, wird die Lokalisierung der Hilfe sowohl die Arbeitspraxis der Geber als auch die der umsetzenden Organisationen maßgeblich verändern. Aus unserer Sicht ist es von zentraler Wichtigkeit, dass Kinder als Akteure und Expert*innen ernsthaft in den Lokalisierungsprozess einbezogen werden. Gemeinsam mit einer Reihe internationaler Nichtregierungsorganisationen hat Save the Children aus diesem Grund den "Pledge for Change"¹³ mitgezeichnet. Damit haben wir uns dazu verpflichtet, die Rolle lokaler Akteure im globalen humanitären Sektor und in der Entwicklungszusammenarbeit substanziell zu stärken.

Bis 2030 streben wir an, in wahrhaft gleichberechtigten Partnerschaften mit lokalen Akteuren zu arbeiten. Wo immer möglich, werden nationale und lokale Organisationen dabei die gemeinsamen humanitären und entwicklungspolitischen Bemühungen leiten mit der fachlichen und materiellen Unterstützung von Save the Children. Wir werden nur dann eine Führungsrolle übernehmen, wenn nationale oder lokale Kapazitäten nicht ausreichen, um die humanitären Bedarfe zu decken. Um

¹³ Weitere Informationen: [Pledge for Change](#)

dieses Ziel zu erreichen, wird Save the Children mehr Ressourcen für die nachhaltige Stärkung lokaler Akteure aufbringen. Wir wollen nicht in Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu ihnen agieren. Risiken werden wir gemeinsam mit unseren lokalen Partnern tragen, und wir werden nach Möglichkeiten suchen, den Aufwand für die Einhaltung von Compliance-Anforderungen und administrativen Vorschriften für unsere Partner zu minimieren. Gleichzeitig müssen zum Beispiel Förderrichtlinien und Rechenschaftspflichten der Geber so gestaltet werden, dass sie in Zukunft auch von lokalen Akteuren umsetzbar sind.

In unserer Rolle als „Intermediär“ schlagen wir eine Brücke zwischen internationalen Gebern und lokalen humanitären Akteuren und ermöglichen es somit, große und komplexe Finanzierungslinien für diese zugänglich zu machen. Gleichzeitig werden wir unsere globale Erfahrung und Reichweite, sowie unsere fachliche Unterstützung einsetzen, um den weiteren Aufbau lokaler Kapazitäten zu stärken.

Was bedeutet dies für Geber wie die Bundesregierung? Grundsätzlich sollten Anstrengungen zum Auf- und Ausbau von Expertise und administrativen Kapazitäten bei unseren lokalen Partnern genauso förderfähig sein, wie die direkte Umsetzung von humanitären Aktivitäten. Mehr Mittel sollten auch direkt an lokale Organisationen gehen. Gleichzeitig muss die wichtige „Vermittlerrolle“ von Intermediären wie Save the Children ebenso gefördert werden. Die Kosten dieser Arbeit müssen anerkannt und durch entsprechende Mittel gedeckt werden.

Vorausschauende humanitäre Hilfe

Save the Children begrüßt den hohen Stellenwert, den die Bundesregierung dem Thema vorausschauende humanitäre Hilfe in dem Bericht über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland (2018-2021), den verschiedenen Strategiedokumenten und im Koalitionsvertrag beimisst. Vorausschauende humanitäre Hilfe spielt eine wesentliche Rolle, wenn es um die Abfederung von Klimafolgen geht. Daher müssen die beiden Themen eng zusammengedacht werden. Hier sehen wir ein großes Potenzial für Deutschland, mittel- und langfristig seine Führungsrolle auszubauen. Die Bundesregierung ist hier ein wichtiger Partner für Save the Children, denn wir haben uns verpflichtet, mindestens 15% unserer freien Mittel für Emergency-Preparedness und vorausschauende Hilfe bereit zu halten.

Die Bundesregierung sollte den Bereich der vorausschauenden humanitären Hilfe weiter ausbauen und – wie bereits angekündigt – 2023 auf 5% erhöhen.¹⁴ Sie sollte Partnerländer und -organisationen beim Aufbau von Frühwarnmechanismen unterstützen, damit bereits vor Eintreten von Extremwetterereignissen auf drohende humanitäre Bedarfe reagiert werden kann („early action“), sowie entsprechende Finanzierungsmechanismen für vorausschauende humanitäre Hilfe etablieren. Dabei müssen die spezifischen Risiken und Bedarfe von Kindern von Anfang an mitgedacht werden. Voraussetzung hierfür ist ihre Beteiligung. Ihre Stimmen müssen ernst genommen werden, wenn es darum geht, humanitären Krisen vorzubeugen und nachhaltige Lösungsansätze zu erarbeiten.

¹⁴ Quelle: Auswärtiges Amt, Eckpunktepapier für die Humanitäre Hilfe - Operative Schwerpunkte 2023

Qualität der Finanzierung: Flexible Mittel, Mehrjährigkeit, Verzahnung

Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Geber für humanitäre Hilfe. Damit kommt der Bundesregierung eine wichtige Rolle bei der Mitgestaltung und Verbesserung des internationalen humanitären Systems zu. Als Unterzeichner des Grand Bargain hat sich Deutschland gemeinsam mit den anderen Akteuren dazu verpflichtet, die Effektivität und Effizienz in der humanitären Hilfe zu erhöhen. Um das zu erreichen, braucht es mehr Flexibilität, Planungssicherheit, Reaktionsfähigkeit und einer grundsätzlichen Vereinfachung der Förderbedingungen in der humanitären Hilfe. Um flexibel auf humanitäre Bedarfe in Krisen reagieren zu können, muss der Anteil der zweckgebundenen Mittel reduziert und mehrjährige Finanziellzusagen erhöht werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßt Save the Children, dass Deutschland den Anteil flexibler Mittel an der humanitären Hilfe von 11,2% (2016) auf 37% (2020) erhöht¹⁵ hat und damit das 30%-Ziel aus dem Grand Bargain erreicht. Ein Großteil dieser flexiblen Mittel fließt an UN-Organisationen. Diese flexiblen Mittel sollten aber vermehrt auch für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt werden, um im Rahmen der geförderten Projekte und Programme schnell, unbürokratisch und wirksam auf plötzlich auftretende Krisen reagieren zu können.

Mit Blick auf die Flexibilisierung von Finanzierungen und die Planbarkeit von Programmen ist auch die Förderung großvolumiger, länderübergreifender Projekte sowie Konsortialvorhaben und programm-basierten Maßnahmen durch das AA zu begrüßen. Neben den vielen Vorteilen, die diese Projekttypen mit sich bringen, sehen wir allerdings auch eine zentrale Herausforderung: Nichtregierungsorganisationen müssen beträchtliche Ressourcen bereitstellen, um dem zusätzlichen Koordinationsaufwand gerecht zu werden und eine hohe Umsetzungsqualität gewährleisten zu können. Das AA sollte die damit verbundenen Kosten durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Nichtregierungsorganisationen abdecken.

Am wichtigsten ist, dass die Gelder bei den Menschen vor Ort ankommen und die Maßnahmen sich an den Bedarfen der betroffenen Gemeinschaften ausrichten. NGOs spielen hierbei eine essenzielle Rolle, da sie über die lokale Expertise verfügen, nah an den Menschen arbeiten und insbesondere auch vulnerable Gruppen, darunter Frauen und Kinder, erreichen. Leider ist der Anteil der Zuwendungen für Nichtregierungsorganisationen in Deutschland in den letzten Jahren gesunken, während sich der Aufwuchs der deutschen humanitären Mittel sich vor allem bei den UN-Organisationen niederschlägt.¹⁶ 2020 gingen nur 14% der humanitären Gelder des AA an NGOs und 73% an internationale Organisationen darunter die Vereinten Nationen.¹⁷ Wir begrüßen die finanzielle Stärkung mehrerer zivilgesellschaftlicher Fördertitel im Haushalt 2023 und setzen uns gleichzeitig für die weitere Erhöhung des Anteils der humanitären Mittel für NGOs ein, da lokale und internationale NGOs wichtige Pfeiler der humanitären Hilfe sind.

Ganzheitliche Ansätze, die humanitäre, entwicklungsfördernde und friedensschaffende Maßnahmen verzahnen (Humanitarian-Development-Peace Nexus), eignen sich besonders, um

¹⁵ [Auswärtiges Amt \(2021\). Humanitäre Hilfe: Deutschland ist großer Geber](#)

¹⁶ [VENRO-Standpunkt \(2019\). Humanitäre Hilfe braucht starke NRO](#)

¹⁷ [Deutsche Welthungerhilfe. Humanitäre Hilfe: vorausschauend gestalten](#)



den Bedarfen von Kindern in komplexen Krisensituationen kohärent und nachhaltig zu begegnen. Deswegen sollte sichergestellt werden, dass die Vergabe von humanitären Mitteln durch das AA das Zusammenspiel zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie Friedensförderungen ermöglicht. Der Nexus-Chapeau-Ansatz ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Nexus-Vorhaben humanitärer Organisationen sollten verstärkt gefördert werden und die Abstimmungen zwischen den Ressorts im AA und im BMZ sollten weiter intensiviert werden. Das folgende Länderbeispiel zeigt, wie die Umsetzung des Nexus in der Praxis funktionieren kann.

Praxisbeispiel: Nexus-Pilotprojekt in Somalia

In Somalia ist die Nahrungsmittelsicherheit von Kindern und ihren Familien durch ausbleibende Ernten, Viehsterben und steigende Preise für Lebensmittel im Zusammenhang mit wiederkehrenden und extremen Dürren gefährdet. Hunger, Unterernährung und dadurch bedingte Krankheiten sowie Vertreibung nehmen zu. Mit Förderung durch das AA und das BMZ unterstützt Save the Children Gemeinschaften im ländlichen Norden des Landes, in Somaliland. Viele der Familien dort leben von Viehzucht und sehen ihre Existenzgrundlage durch den Klimawandel bedroht. Daher berücksichtigt das Projekt parallel akute Bedarfe sowie die langfristige Resilienzstärkung von Familien.

Die humanitäre Förderung des AAs ermöglicht es Kindern unter fünf Jahren Zugang zu Gesundheitsversorgung und Ernährung zu verschaffen. In Gesundheitszentren bekommen schwangere und stillende Frauen Zugang zu lebensrettender Versorgung. Kinder unter fünf Jahren werden gegen verbreitete Krankheiten wie Malaria, Lungenentzündung und Durchfallerkrankungen sowie bei Mangelernährung behandelt und erhalten wichtige Schutzimpfungen. In abgelegenen Regionen schulen gemeindebasierte Gesundheitshelfer*innen Mütter zu frühkindlicher Ernährung und Gesundheit. In Notsituationen werden Familien mit kurzfristigen Bargeldauszahlungen unterstützt, damit sie ihren Grundbedarf an Nahrungsmitteln decken können.

Parallel werden mit Unterstützung des BMZ langfristige Einkommensperspektiven vor Ort geschaffen, zum Beispiel durch die Einrichtung von Spar- und Kreditgruppen und durch die Förderung von Berufsbildung. Gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Tiergesundheit und der Wasserversorgung festigen die Lebensgrundlagen vieler Familien. All diese Maßnahmen stärken die Resilienz der Gemeinschaften gegenüber Schocks. Damit wird die Nachhaltigkeit des gesamten Projekts sichergestellt, da die Gemeinschaften eine an die veränderten Klimabedingungen angepasste Zukunftsperspektive entwickeln und somit auch humanitäre Bedarfe reduziert werden

Fazit

Kinder sind überproportional stark von humanitären Krisen betroffen. Dies muss sich auch im Handeln und den Politikansätzen von Geberländern niederschlagen. Deutschland hat hier viel Engagement gezeigt und kann in den kommenden Jahren sein Potenzial noch stärker nutzen, vorausgesetzt die strategischen und finanziellen Weichenstellungen werden entsprechend gesetzt.

Deswegen drängen wir darauf, dass sich die Bundesregierung auch weiterhin für die prinzipienbasierte humanitäre Hilfe engagiert, und dabei die Bedürfnisse von Kindern in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Dazu gehört, dass auch in den nächsten Jahren die für die humanitäre Hilfe vorgesehenen Haushaltsmittel im Verhältnis zu den ständig ansteigenden Bedarfen stetig anwachsen. Der Etat des Auswärtigen Amtes 2023 zeigt aber nur einen leichten Zuwachs¹⁸ gegenüber dem Vorjahr und in der mittelfristigen Finanzplanung zeichnet sich sogar ein Rückgang der Mittel ab.¹⁹ Dieses wäre der falsche Weg in Anbetracht der stetig ansteigenden humanitären Bedarfe und der jetzt schon bestehenden gravierenden Finanzierungslücken. In dieser Welt voller Krisen werden auch weiterhin Hunderte Millionen Kinder und ihre Familien auf humanitäre Hilfe aus Deutschland angewiesen sein, trotz relevanter Fortschritte im Bereich der vorausschauenden humanitären Hilfe, die auch dazu beitragen, Krisenauswirkungen abzumildern oder Risiken zu senken. Insgesamt ist das Engagement der deutschen Bundesregierung und ihre strategischen Schwerpunkte zu begrüßen und unterstützen.

¹⁸ [Deutscher Bundestag \(2022\). Fraktionen haben unterschiedliche Erwartungen an das Auswärtige Amt](#)

¹⁹ [VENRO \(2022\). Analyse Bundeshaushaltsentwurf 2023](#)